

The Pertinence of CRPD and its Committee for Social Inclusion

Prof. Dr. Arie Rimmerman

Richard Crossman Professor für Gesellschaftliche Wohlfahrt und soziale Planung

Fakultät für Gesellschaftliche Wohlfahrt und Gesundheitswissenschaften

Universität von Haifa, Israel

Der Schwerpunkt meiner Präsentation

Nutzung unabhängiger internationaler Experten-Kommissionen,
um Israels Politik zum Leben in der Gemeinschaft
vor dem Hintergrund der UNO-BRK zu untersuchen
und Reformvorschläge für die nationale Politik auszuarbeiten.



CONVENTION on the RIGHTS of PERSONS with DISABILITIES

Übereinkommen über die Rechte von
Menschen mit Behinderungen

UNO-BRK: Ein Paradigmenwechsel

Das Übereinkommen stellt einen Paradigmenwechsel in Haltung und Herangehensweise gegenüber Menschen mit Behinderungen dar.

Menschen mit Behinderungen werden als Personen angesehen und nicht als Objekte von Wohltätigkeit, medizinischer Behandlung oder sozialem Schutz.

Sie sind fähig, diese Rechte einzufordern, Entscheidungen für ihr eigenes Leben zu fällen, die auf freiwilliger und informierter Einwilligung beruhen, und aktive Mitglieder der Gesellschaft zu sein.

Rechte im Übereinkommen (1)

- Gleichheit vor dem Gesetz ohne Diskriminierung (Artikel 5)
- Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 10 & 14)
- Gleiche Anerkennung vor dem Recht sowie Rechts- und Handlungsfähigkeit (Artikel 12)
- Freiheit von Folter (Artikel 15)
- Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch (Artikel 16)
- Recht auf Achtung körperlicher und seelischer Unversehrtheit (Artikel 17)
- Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit (Artikel 18)
- Recht auf Einbeziehung in die Gemeinschaft (Artikel 19)

Rechte im Übereinkommen (2)

- Freie Meinungsäusserung und Meinungsfreiheit (Artikel 21)
- Achtung der Privatsphäre (Artikel 22)
- Achtung der Wohnung und der Familie (Artikel 23)
- Recht auf Bildung (Artikel 24)
- Recht auf Gesundheit (Artikel 25)
- Recht auf Arbeit (Artikel 27)
- **Recht auf angemessenen Lebensstandard (Artikel 28)**
- Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Artikel 29)
- Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben (Artikel 30)

Zentrale Grundsätze

Personalisierung

Individuelle Autonomie

Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen

Nichtdiskriminierung

Angemessene Vorkehrungen

Einbeziehung in die Gesellschaft

Volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und

Einbeziehung in die Gesellschaft

Einbettung der Perspektive von Menschen mit Behinderungen in bestehende Prozesse

Art. 4. Abs. 1c:

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern.

Die Integration der Perspektive von Menschen mit Behinderung gemäss des Übereinkommens wird vorangetrieben durch:

Die Arbeit bestehender Menschenrechts-Vertragsorgane
Menschenrechtsrat

...

Einbettung der Perspektive von Menschen mit Behinderungen in bestehende Prozesse

(Fstzg.) Art. 4. Abs. 1c:

•••

Millenium Entwicklungsziele (MDG) – nationale und internationale Strategien

Gemeinsame Länderevaluierung (CCA)/

Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen (UNDAF)

Entwicklungsmassnahmen internationaler Geldgeber und NGOs

Sektorspezifische und sektorübergreifende Strategien

Unabhängige internationale Experten-Kommissionen

Israels erste Schritte zur Umsetzung der UNO-BRK

- Unabhängige internationale Experten untersuchen Israels Politik zum Leben in der Gemeinschaft und erarbeiten Reformvorschläge (2011)
- Von Beispielen europäischer Länder lernen, wie soziale Inklusion im Hinblick auf die UNO-BRK umgesetzt werden kann (2014)
- Pilotstudie zur Implementierung von Artikel 12 (2014)
- Durchführung eines Seminars zur Implementierung in einem breiteren internationalen Kontext (2015)
- Änderungen zur Rechtsfähigkeit und Vormundschaft (2016)
- Evaluation der Implementierung von Artikel 19 (2016)

Experten-Kommission: Ein zentrales politisches Instrument

Einer Experten-Kommission gehören i. d. R. unabhängige Fachspezialisten an. Die Kommission führt primär Informationen aus unterschiedlichen Quellen und Gesichtswinkeln zusammen, um ein Gesamtfazit zu ziehen.*

Hauptvorteil von Experten-Kommissionen sind Ideenvielfalt und innovative Entwicklungen, die politischen Entscheidungsprozessen zur Verfügung gestellt werden.

* Rimmerman, A., & Soffer, M. The making of disability policy in Israel: Ad-hoc advisory experts panels. In G. Menahem & A. Zehavi (Eds.). *Policy Analysis in Israel*. University of Bristol: Policy Press. (forthcoming)

Internationale Experten-Kommission zu integriertem Leben in der Gemeinschaft

Internationale Experten:

Professor Peter Blanck (USA)

Professor Meindert Haveman (Niederlande/Deutschland)

Professor Gerard Quinn (Irland)

Professor Arie Rimmerman (Israel, Vorsitz)

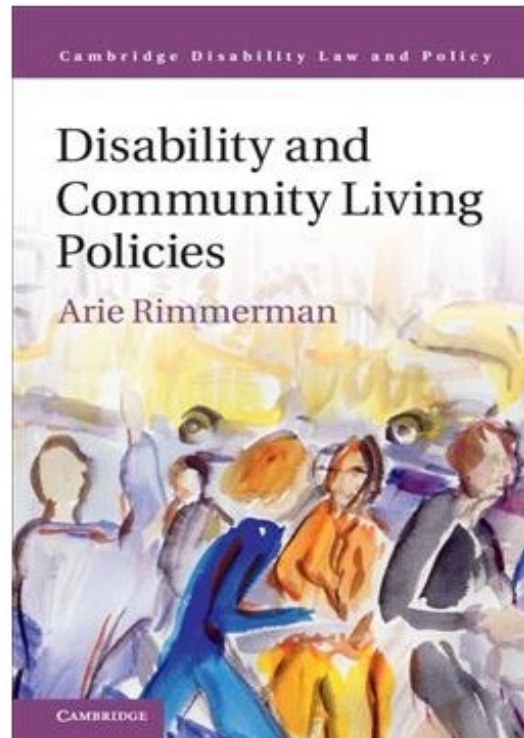
Schlussbericht der internationalen Experten-Kommission zuhanden des
Israelischen Ministeriums für Soziales und soziale Dienste, Oktober, 2011

‘Just Being Me: My Right to be in the World (Community Living) and my Right to make my own Decisions in the World (Legal Capacity): A Global Context for the Reform Process in Israel’

4. Mai 2015, Haifa, Israel

Ziel des Seminars ist eine Bestandsaufnahme des Reformprozesses in Israel und diesen in einen internationalen Kontext zu setzen.

Sinnvoll ist dies im Hinblick auf den Bericht der internationalen Experten-Kommission zu Gemeinschaftsleben von 2011, der weiterführenden Forschungsexkursion von leitenden Amtsträgern in 2014 zur EU und des sich abzeichnenden Wandels von institutioneller Fürsorge zu einem System des Lebens in der Gemeinschaft.



Behinderung und Strategien des Lebens in der Gemeinschaft

Internationale Experten-Kommission (2011)

Isaac Herzog, ehemaliger Minister für Soziales und soziale Dienste (MOLSA), beauftragte das Departement Dienste für Menschen mit geistigen Behinderungen, ein internationales Experten-Gremium zusammenzustellen, um Israels gemeinschaftsbasierte Programme mit denen anderer westlicher Länder zu vergleichen und zukünftige Strategieempfehlungen zu erarbeiten.

Die Kommission gründete den Bericht auf Artikel 12 und 19 der UNO-BRK

Artikel 12 - Gleiche Anerkennung vor dem Recht

- (1) Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.
- (2) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit geniessen.
- (3) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Massnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen.

Artikel 19

Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Massnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass:

- a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;

Artikel 19 (Fstzg.)

- b) Menschen mit Behinderungen Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschliesslich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist;
- c) gemeindenahe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Menschen mit geistiger Behinderung in ausserhäuslichen Einrichtungen in Israel (2010)

Art der Einrichtung	N	%
Pflegefamilien	362	3.5
Wohnung	1,461	11.1
Gruppeneinrichtungen	1,500	14.5
Pflegeheime	7,325	70.9
Total	10,333	100.0

Empfehlungen der Kommission

1. Israel sollte seine positive Erfolgsbilanz in der Behindertenpolitik fortführen und sich zum Ziel setzen, eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen, das Recht auf unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft umzusetzen.
2. Gesetzliche Rahmenbedingungen (i.e., Gesetze und Verordnungen) müssen dahingehend verändert werden, dass gemeinschaftsbasierte Unterbringungen und Dienstleistungen zu bevorzugten und üblichen Massnahmen werden.

Empfehlungen der Kommission (Fstzg.)

3. Änderung der Gesetzgebung zur Rechts- und Handlungsfähigkeit (und öffentliche Bekanntmachung, die Gesetzgebung umfassend auszulegen), um sicherzustellen, dass Menschen mit geistiger Behinderung gleichberechtigt sind, ihre Präferenzen zum Ausdruck zu bringen und dass dieser Wille geachtet wird. Es wird empfohlen, dass diese umfassenden Gesetzesreformen durch ein separates Komitee oder ein ähnliches Verfahren erarbeitet werden.
4. Es braucht ein umfassendes und systematisches 10-jähriges Übergangsprogramm zur Entwicklung gemeinschaftsbasierter Infrastrukturen und Dienstleistungen.

Empfehlungen der Kommission (Fstzg.)

5. Ein Verzeichnis aller gemeinschaftsbasierter Dienste in Israel ist unerlässlich, um zukünftige hochstehende Dienste zu gestalten, die allen israelischen Bürgern mit geistiger Behinderung, unabhängig von ihrem gewählten Wohnort, zur Verfügung stehen.
6. Gleichzeitig müssen gross dimensionierte Pflegeheime geschlossen werden. Bewohner solcher Pflegeheime müssen schrittweise zu gemeinschaftsbasierten Wohnformen begleitet werden. Hierbei muss besonders auf ältere Menschen Rücksicht genommen werden, die einen Grossteil ihres Lebens in solchen Pflegeheimen verbracht haben und diese als ihr Zuhause ansehen.

Empfehlungen der Kommission (Fstzg.)

7. Gegenwärtig arbeiten soziale Dienste in Israel eher programmbezogen und weniger subjektbezogen. Entsprechend sollten Leistungsbemessungen individualisiert werden. Geleistete Dienste sollten der Wahl, dem Willen und den Bedürfnissen des Individuums und der Familie gerecht werden.

Entwicklungsplan für Reformen und Innovationen (1)

- a. Alle grossen Pflegeheimenrichtungen sollen innerhalb von 10 Jahren geschlossen werden.
- b. Während dieser Dekade werden alle Bewohner in kleine gemeinschaftsbasierte Wohnformen ihrer Wahl überführt und dabei angemessen begleitet.
- c. Solche Wohneinheiten beherbergen nicht mehr als vier Menschen.

Entwicklungsplan für Reformen und Innovationen (2)

- d. Ein Planungskomitee mit Subkomitees, das sich aus allen relevanten Beteiligten zusammensetzt (z. B. Menschen mit Behinderungen und ihre Familien und Interessenvertreter, Leistungserbringer, Experten, Behördenvertreter) könnte jährlich zusammenkommen, um die Übergangsphase zu planen und zu unterstützen.
- e. Ein Überwachungs- und Evaluationsteam könnte den Planungsprozess begleiten und die o. g. Sitzungen mit umfassenden und zuverlässigen Informationen unterstützen.

Stand der Umsetzung

Seit 2016 wurden etwa 600 Menschen mit geistiger Behinderung aus institutionellen Einrichtungen in ein Gemeinschaftsleben überführt. Der Übergang wird von Mitgliedern der Experten-Kommission überwacht.

2014 startete “Bizchut” (eine Behindertenrechtsorganisation) ein EU-finanziertes Projekt mit dem Titel “Mein Leben in meinen Händen”. Artikel 12 der Konvention soll hierin in nationalem Recht Anwendung finden.

Die Knesset (Parlament) genehmigte am 29. März 2016 ‘Rechtsfähigkeit und Vormundschaft (Zusatz Nr. 18) Gesetz, 5776-2016.’ Es anerkennt das Recht jeder Person auf Rechts- und Handlungsfähigkeit und das Recht darauf, (unterstützte) Entscheidungen zu treffen, die ihr Leben betreffen.